

Der Deutsche Metallarbeiter

Ercheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 4 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitszettel 20 Goldpfennig, für Arbeitsan- gebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metall- arbeiter - Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelfor 17, Fernruf 3365 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zu- schriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 47

Duisburg, den 22. November 1924

25. Jahrgang

Lohnfragen und Gewinnpolitik

Das hauptsächlichste Arbeitgeberargument, das in den gegenwärtigen Lohnkämpfen der Arbeitnehmerseite entgegengehalten wird, ist die fortwährende Verdrängung auf einen niedrigeren Preisabbaue. Die ganze Unternehmerseite hat sich diese Verdrängungsparole zu eigen gemacht und versucht, die Meinung der Öffentlichkeit in die gleiche Richtung zu lenken. Die Regierung hat bekanntlich vor längerer Zeit schon eine große Preisentlastung eingeleitet durch Herabsetzung der Umsatzsteuer, der Kohlenpreise, der Frachtarife. Durch jene Aktion hat eine jährliche Entlastung der Wirtschaft um etwa 750 Mill. Goldmark stattgefunden (Umsatzsteuer 300 Mill., Fracht 250 Mill., Kohlen 200 Mill.). Die eben angekündigte Fortsetzung dieser Politik durch weitere Herabsetzung der Steuern wird wohl wiederum vorerst eine Entlastung der Wirtschaft um 850 Mill. M. pro Jahr herbeiführen. Dazu kommen noch die verprochenen Herabsetzungen anderer Steuern, besonders derjenigen, die durch die Länder und Gemeinden erhoben werden. Die ganze Entlastungsaktion bedeutet also für die deutsche Wirtschaft über 1,5 Milliarden Goldmark an jährlichen Einsparungen gegenüber dem Sommer dieses Jahres.

Wenn der Staat auf so hohe Summen verzichtet, so müssen sie natürlicherweise jemand anderem zugute kommen, d. h. sie müssen das Einkommen irgend welcher Schichten der Bevölkerung erhöhen, vorausgesetzt natürlich, daß inwieweit nicht eine Verminderung des ganzen Volkseinkommens stattgefunden hat. Das ist aber offensichtlich gegenüber Frühjahr und Sommer nicht eingetreten. Das langsame Abnehmen der Arbeitslosigkeit, die zunehmende Geschäftstätigkeit läßt eher das Gegenteil erschließen. Darum müssen die Ersparungen an Steuer-, Fracht- und Kohlenpreiserhöhungen irgendwem als Einkommenssteigerung zugute kommen. Die Regierung hatte das Ziel der Preisentlastung: Wuge und Hoffte so die Entlastung hauptsächlich den Verbrauchern zukommen zu lassen. Bis jetzt hat sich aber gezeigt, daß sie dem Verbraucher nicht zugute gekommen sind, denn eine Preisentlastung ist nicht eingetreten. Lediglich die Gewinne von Handel und Industrie sind erhöht worden. Warum aber sind diese Ersparungen nicht auf dem Wege einer Preisentlastung den Verbrauchern und also damit hauptsächlich den Arbeitnehmern zugute gekommen? Die Ursache liegt darin, daß sich Marktpreise niemals unmittelbar nach den Produktionskosten richten, sondern immer nur nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Wenn also durch Steuerermäßigung und andere Mittel die Produktionskosten sinken, wird diese Bewegung zunächst auf den Preis unmittelbar keine Wirkung ausüben. Nur mittelbar machen sich Einflüsse geltend, die auf folgende Weise zustande kommen. Wenn es nämlich möglich wird, viele Waren zu einem niedrigeren Selbstkostenpreise als vor dem Herabsetzen, werden manche Unternehmer sich diese Wahrscheinlichkeit zunutze machen und versuchen, dieselben Gegenstände, von denen sie wissen, daß sie eigentlich billiger hergestellt werden können als wie der Marktpreis beträgt, auch herzustellen, um damit die teure Konkurrenz zu unterbieten und selber ein gutes Geschäft zu machen. Solche Unternehmer werden daher durch die große Differenz zwischen Marktpreis und Produktionskosten, veranlaßt, neue Produktionen solcher gewinnbringenden Waren in Gang zu setzen. Dadurch wird nun aber, und das ist der springende Punkt, das Angebot von diesen nunmehr in größerer Anzahl wie vor dem produzierten Waren vermehrt und dadurch eine preisentlastende Wirkung auf den Marktpreis ausgeübt. Erst auf diesem Umwege ist es möglich, daß Senkungen der Produktionskosten, wie sie die Regierung durch ihre Preisentlastungsaktionen erzielt, auch ein Fallen der Preise zur Folge haben.

Einer der Gründe, warum diese Preisentlastung ausbleibt, ist unstreitig folgender: Deutschland ist kein in sich abgeschlossenes Marktgebiet mehr, sondern hat die Aus- und Einfuhr in großem Umfange aufgenommen. Eine ganz selbständige Preispolitik unabhängig von den Weltmarktpreisen treiben, kann man hier vorerst nicht

mehr. Diejenigen Produkte, deren Preise für die Kosten der Lebenshaltung bestimmend sind, haben in den meisten Fällen in Deutschland den Weltmarktpreis nicht überschritten. Nur eine Aus- gleichung ist erfolgt, und die ist ja gerade die hauptsächlichste Ursache der Teuerung in den vergangenen Wochen. Will man diese Lebenshaltungskosten, die so bestimmt werden, senken, so genügt es eben nicht, daß man die innerdeutschen Produktionskosten herab- mindert. Sollte nämlich durch eine solche Verminderung der Pro- duktionskosten eine Vergrößerung des Angebotes der betreffenden Waren verursacht werden, so wird dieses vergrößerte Angebot noch nicht ohne weiteres imstande sein, die inländischen Preise zu senken. Bei freier Ausfuhr wird nämlich niemand, der solche Waren ver- kauft, sie zu einem billigeren Preise abgeben, als er unter Um- ständen bei einem Verkaufe ins Ausland lösen kann, wenn es ihm gelingt, sie dort unterzubringen. Ein vielleicht durch die Ver- billigungsaktion der Regierung verursachtes größeres Angebot von Waren wird daher ins Ausland abströmen, falls im Inlande die Preise sich anheben sollten, unter die Weltmarktpreise zu fallen. Man könnte nun sagen, daß diese vergrößerte Ausfuhr das Ange- bot der betreffenden Waren auf dem Weltmarkt vermehre und daß dadurch sogar die Weltmarktpreise gesenkt werden und auf dem Umwege auch Preisentlastungen der Inlandslebensmittel erreicht werden können. Das ist aber eine trügerische Hoffnung. Die von uns ausgeführten Warenmengen werden nämlich im Verhältnis zu den ungeheuren Mengen, die auf dem Weltmarkt bereits schon angeboten werden, immer nur einen ganz geringen Bruchteil aus- machen und werden darum auf den Weltmarktpreis im Sinne einer Senkung kaum eine Wirkung ausüben. So kommt es denn, daß die Preisentlastungsaktion der Regierung auf die Preislage im Inlande immer nur einen begrenzten Einfluß ausüben kann, sofern die be- treffenden Produkte noch höherer als den Weltmarktpreis haben und in der Ausfuhr unbehindert sind. Bei den meisten le- bensnotwendigen Gegenständen ist das im Augenblick der Fall.

Ein Vergleich der Lebenskosten in Deutschland mit denen des goldwährungsreichen Auslandes zeigt uns nämlich, daß die Teuerung in Deutschland doch noch etwas darunter bleibt. Schweden hat z. B. eine Indexziffer für Ernährung, Heizung und Beleuch- tung von 163, die Schweiz von 166, England ebenfalls von 166 bzw. 172. Wir wollen damit nicht sagen, daß die Teuerung in Deutsch- land, ausgedrückt in Indexziffer, einen ebenso hohen Stand errei- chen muß. Einige Prozente niedriger werden wir immerhin blei- ben, weil wir ja ziemlich hohe Lebensmittelpreise, die wir vor dem Kriege gehabt haben, jetzt in Wegfall kommen. Immerhin zeigen aber auch absolute Preisvergleiche, daß wir in den wichtigsten Waren, die für die Lebenshaltung in Frage kommen, die Welt- marktpreise noch keineswegs überschritten haben, in manchen Fällen sogar noch darunter bleiben. Aus den oben angeführten Gründen ist darum kaum damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit eine be- deutende Senkung der Lebenshaltungskosten eintreten wird.

Trotzdem ist die Regierungsaktion gerade im gegenwärtigen Augenblick durchaus richtig und von den Arbeitnehmern zu begrü- ßen als Hilfsmittel einer gewerkschaftlichen Lohnpolitik. Wenn nämlich die Produktionskosten durch Ausfall von Untkosten an Steuern, überhöhten Handelszöllen usw. abgebaut werden, ohne daß die Marktpreise nachfolgen, so können ohne Schaden für die Wirtschaft an Stelle der ausgefallenen Untkosten Lohn- erhöhungen treten. Solche Lohnsteigerungen sorgen dann nur dafür, daß die gemachten Ersparnisse an Produktionskosten nicht der In- dustrie und dem Handel als Gewinne zufallen, sondern denjenigen Kreisen zugute kommen, für die sie eigentlich auch in erster Linie vorzusehen sind, den Arbeitnehmern. Dadurch wird deren Kauf- kraft erhöht und der Wirtschaft selbst ein weiterer Antrieb gegeben.

Daß die deutsche Wirtschaft in ihrem eigenen Interesse und um des technischen Fortschritts willen nach und nach höhere Löhne zahlen muß, haben wir an dieser Stelle schon mehrfach nachgewiesen; eine Widerlegung unserer Gründe ist den Arbeitgebern bisher nicht gelungen.

Obligationen und Hypothekenschulden, sowie kurzfristige Ver- pflichtungen der Geldentwertung derselben. Für diese Entwertung ist ein Beispiel die Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn Akt.-Ges., deren Anleihen in der Bilanz des Jahres 1913 10 Millionen Mark betragen, während sie in der Goldmarkentwertungsbilanz nur mit 1,4 Millionen einschließlich der Rücklagen für die Auszahlung er- scheinen.

Eine andere Möglichkeit für die Erhöhung des Aktienkapitals bot sich auf Kosten der offenen und stillen Reserven, wie z. B. der Bremer Raffinerie, deren offene Reserven 1913 6,5 Millionen, 1924 dagegen nur 2,5 Millionen Mark ausmachten, während der Börsenwert sich 1913 auf 14 1/2 Millionen Mark belief.

Bei Aktiengesellschaften, die ihr Eigenkapital höher als im Frieden einsetzten, ist der Grund also entweder im Sachwertzu- wachs und im Schwund der Schuldverpflichtung, die dem Aktien- kapital zugute kam oder in einer früheren Unterbewertung der Vermögenswerte durch Bildung offener und stiller Reserven zu suchen.

Wird dieser Zunahme des Kapitalgewinns verglichen man das Herunterfallen des Reallohnes, dann wird man schon zur Über- zeugung kommen, daß ein wirtschaftlicher Grund nicht besteht, die Löhne niedrig zu halten. So haben denn auch in den letzten Wochen erfolgreiche Lohnbewegungen stattgefunden. Es könnte aber noch viel mehr davon geschehen, wenn die Kollegen sich al- lertätig für die Kräftigung der Organisation einsetzen und besonders für eine möglichst Stärkung der Finanzen Sorge tragen.

Nein, sie ist nicht vergebens

Die Gewerkschaftsarbeit. Die mit Erfolg getriebenen Lohnbewe- gungen der letzten Wochen beweisen es.

Köln. Metallindustrie. Die Löhne werden um 7 Prozent erhöht. Die Lehrlinge erhalten im ersten Jahre 10 Pfg., im zweiten 14, im dritten 18 und im vierten 21 Pfg. Lehrlinge in Eisereien, Schmelze und Kesselbau erhalten 50 Prozent mehr. Die Arbeiterinnen erhalten 70 Prozent der Löhne der männlichen Arbeiter ihres Alters und Berufsgruppe.

München. Firma Grütele. Facharbeiter wöchentl. 42 M., früher 37 Mark, Hilfsarbeiter 36, früher 33. Hausstandsgeld 1 Mark.

Süßinghausen. Statt 50 53 Pfg.

Bedum. Elektrizitätswerk. Der Lohn wird auf 54 Pfg. erhöht.

Leitz. 55 Pfg., statt früher 48.

Stettiner Metallindustrie. Die Löhne der 20jährigen Arbeiter werden um 4 bzw. 5 Pfg. erhöht.

Mettmann. Schlossfabrik Stemper. Die Stunden- löhne werden um 7 Pfg. erhöht. Spindelohne 60 Pfg. Die Alford- löhne erhöhen sich um je 7 Prozent.

Die Verbandsarbeit hat sich gelohnt. Glauben die Kollegen vielleicht aber, so etwas wäre ohne Organisation möglich gewesen. Es zeigt sich auch da, daß in denjenigen Orten die besten Löhne bezahlt werden, wo die Organisation stark ist.

Die Unorganisierten machen Lohnbewegung

Ort der Handlung: Ein Betrieb von ca. 45 Arbeitern in einer Industriehütte des Saurlandes.

Von den in Frage kommenden Arbeitern und Arbeiterinnen sind nur ganz wenige organisiert, darunter ein Mädchen von 17 Jahren, welches unserem Christlichen Metallarbeiterverbande angehört. Das Gros beträgt sich „unorganisiert“. Das Mädchen hatte durch fleißige Arbeit einen Wochenlohn von 26 Mark erreicht. Als die unorganisierten Männer dieses erfuhr, legten sie dagegen Protest ein und erreichten einen Abzug von 20 Prozent für die Mädchen, ohne für sich einen Pfennig an Lohn mehr zu erzielen.

Der Vater des Mädchens, der auch Mitglied unseres Verbandes ist, erhob hiergegen bei der Organisation Einspruch, der Geschäfts- führer verhandelte darauf mit der Firma, konnte aber den Abzug nicht rückgängig machen, weil mit dem auch unorganisierten Be- triebsrat eine diesbezügliche Vereinbarung, unter Wahrung der ge- setzlichen Frist, getroffen war.

Die Firma hat nun dem Kollegen schriftlich den Vorgang be- stätigt, die in Frage kommende Briefstelle hat nachstehenden Wort- laut:

„Bei der letzten Lohnung am 15. d. Mts. stellte es sich heraus, daß die 17 Jahre alte M. N. einen 14-Tageverdienst von über 52 Mark hatte. Nachdem dieses dem Obmann bekannt wurde, legte er im Namen der arbeitenden Männer Protest ein und sagte, daß es unangenehm sei, daß ein Mädchen von 17 Jahren einen Ver- dienst haben könne, der ungefähr dem übrigen gleich komme. Ich habe daraufhin mit dem Betriebsrat verhandelt und im Einver- ständnis mit demselben einen Anschlag ausgearbeitet, worin ich mit- teilte, daß auf die bemanneten Artikel ein Abzug von 20 Prozent eintrete. Ich bemerke ausdrücklich, daß ich bei der Lohnung nicht etwa an einen Abzug gedacht habe.“

So sieht eine Lohnbewegung der Unorganisierten aus, derselben, die nie genug über niedrige Tariflöhne usw. klagten können.

Also Unorganisierte drängen den Unternehmer, den Lohn abzu- bauen. Ist das nicht eine herrliche Gesellschaft! Die Organisation wird sich das überlegen, ob sie in Zukunft für solche „Kameraden“ noch Lohnbewegungen macht. Die Unorganisierten sind ja, wie das Beispiel zeigt, gegen höhere Löhne.

Klenters Wach- und Schließgesellschaft

Das Feil ist entdeckt. Und wer hat's gemacht? Natürlich Klente! Der gute Mann hat ein neues Wachgeschäft für die Arbeiterge- vernde entdeckt, nämlich: Verhütung, Einbindung, Verjüngung und Beförderung von Nichtsicht, Unterschlagung und Schererei. Diese neue Beschäftigungsmöglichkeit ist der Zukunftsvorwand in Kellert unter Führung Klenters an. Die Einnehmer von Kellert sind zu

Substanzgewinn und Lohnverlust

Das Unternehmertum führt als häufigste Begründung für den Lohnrückgang an, daß die Werte einen ungeheuren Substanzverlust erlitten hätten und infolgedessen auch in der Zukunft an höhere Löhne nicht gedacht werden könnte. Ohne Zweifel haben die Werte an Liquidum, flüssigen Kapital teilweise Mangel, aber der Wert der Unternehmungen an sich ist gegenüber der Friedenszeit nicht etwa zurückgegangen, sondern in den meisten Fällen erheblich größer. Das geht klar hervor aus den Goldmarkstellungen, die bis jetzt vorgenommen worden sind. Es verlor sich die Ent- wicklung während des ersten Halbjahres 1924 zu verfolgen, über die „Der Deutsche“ hervorragende Ausführungen macht.

Am Schlußtage des Jahres 1923 bestanden nach amtlichen An- gaben 16 300 Aktiengesellschaften, die von der Creditanstaltverord- nung betroffen wurden. Im ersten Halbjahre der Umstellung haben erst 226 Gesellschaften die vorerwähnte Creditanstaltver- ordnung zum „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Es handelt sich dabei um kleinere und mittelgroße Unternehmungen. In da- mals die wirtschaftliche und politische Lage noch viel ungeklärter war als heute, ist diese Entwicklung nicht verwunderlich.

Wichtig für die Prüfung der Frage des Substanzverlustes und der Schwere des Vermögensrückgangs und Umstellung sind mit ihren positiven Folgen sind die Umstellungsergebnisse von 101 Gesellschaften, die bereits 1913 bestanden. Deren Kreditvermö- gen kann mit dem Creditkapital der Goldmarkentwertungsbilanz verglichen werden. Es verhielt sich die Aktienkapitalien der Friedenszeit und der Goldmarkentwertungsbilanz vieler 101 Ge- sellschaften des ersten Halbjahres folgendermaßen:

	1913	in 1000 M	in 1000 G-M
Aktienkapital	178 377	224 082	
Obligationen, Hypotheken, Genussscheine	66 355	14 076	
offene Reserven	32 355	-30 546	
abzüglich Kapitalüberwertungskonto	—	1 261	

Wie wir sehen, ist das Aktienkapital von 1924 nach der Um- stellung erheblich höher als vor dem Kriege. Man könnte an- nehmen, daß bei der Eröffnungsbilanz das Aktienkapital nach dem vorhandenen Produktionskapital gemessen würde. Die Höhe des Kapitalwertes wäre also abhängig von der Bewertung der Pro- duktionskapital. Doch dem ist nicht so, denn in unserer Erwerbswirt- schaft ist entscheidend die Frage der künftigen Rentabilität, die durch den landesüblichen, zur Zeit sehr hohen Zinsfuß bestimmt wird. Die Gewinnaussichten unserer Gesellschaften werden um so größer, je niedriger das Aktienkapital erscheint. Normalerweise neigte man zu einer starken Herabsetzung des Nominalkapitals, um die hohe Verzinsung zu sichern und demnach ist nach der Um- stellung bei nicht wenigen Firmen das Aktienkapital bedeutend höher als vor dem Kriege, wie folgende Zusammenstellung, die sich beliebig vermehren ließe, beweist:

	Kapital 1914	Kapital nach erfolgter Umstellung in Mill. M.
Ballde Maschinen	2,5	3,7
Berzilius-Werwerk	4,0	6,4
Bremer Raffinerie	5,0	10,0
Mix und Genest	4,2	7,0
Sarotti	4,5	8,0
Leonhard Tisch	17,5	25,0
Deutsche Gold- und Silber- und Münz- u. Anlagewerke	20,0	22,4
Mark- und Rühlhellen	7,5	8,4
Verenigte Pflanzfabriken Nürnberg	3,75	4,8

Vermehrt die Bewertungsunterschiede der einzelnen Aktien dem persönlichen Ermessen der Aktionäre überlassen waren und keineswegs nach einheitlichen Gesichtspunkten erfolgt sind, so be- weist diese Zusammenstellung keineswegs, wie sehr das Produktions- kapital wie es in Grundstücken, Gebäuden, Maschinen und Vor- räten erscheint, zugenommen hat (Acht in die Sachwerte). Tat- sächlich also ist kein Kapitalverlust, sondern eher ein Kapitalgewinn zu verzeichnen gewesen. Denn oftmals wurde das Aktienkapital nur deshalb höher angesetzt, weil andere Passivposten der Bilanz, vor allem

benutzen. Sie werden in den nächsten Tagen also gewisse bekannte Herren durch Selbstschließen sehen und nach Durchschließen Aus-

Weshalb ein mächtiger Bundesgenosse ist damit der Kaiser er-

Die Diebesjäger, Herr Klement und der Industrieverband, sind nach alledem unbedingt ehrliche Menschen, die keinen etwas weg-

Wir sind gespannt, wie der neue Welberter Nachschlag seine Tätigkeit entfalten wird. Oder sollte der Welberter Industriever-

Köln und die Metallarbeiterzeitung

Die machtwortvolle Kölner Jubiläums-Rundgebung der christlichen Gewerkschaften hat man im sozialistischen Lager nicht gerade angenehm empfunden.

Auf der Kölner Tagung haben kirchliche Würdenträger, so auch der Kölner Erzbischof, Kardinal Dr. Schulte, bedeutende Worte über den Wert der Arbeiterbewegung gesprochen.

„Die christlichen Gewerkschaften sind entstanden als eine starke, gesunde Reaktion des habsburgischen christlichen deut-

Die Ausführungen haben es nun der sozialistischen Gewerkschafts-

„Haben nicht wir Sozialdemokraten das Materielle als zu ausschließliche gesehen? Haben wir nicht den Sozialismus

Hier finden also die Ausführungen des Herrn Kardinals vollste Befriedigung. Ein anderer „Genosse“, Wiffel, erklärte in Weimar:

„Wenn es uns nicht gelingt, die materiellen Instinkte in unserem Volk zurückzuführen, werden wir ersten Zeiten entgegengehen.“

Erinnerungen eines Mitbegründers

Jacob Mintzer.

Als gläubiger katholischer Arbeiter nahm ich als 26jähriger am Abendmahl 1897 in der Schmiede der Lokomotivbauanstalt „Hohenzollern“ in Düsseldorf Arbeit an.

Auch waren bei anderen Gelegenheiten Texte der Muttergottes-

Als die Spötleien nichts fruchteten, wurden mir antireligiöse Bücher, so u. a. auch das Buch: „Jesus von Nazareth“, von Delema

In unserem Volksverein hielt gelegentlich des Kreisler Weber-

Wir können die Zustellungen des Herrn Kardinals, wie auch die der Sozialisten Haenisch und Wiffel an, um unsere Kollegen den wahren Wert des Wertes der „Metallarbeiterzeitung“ zu zeigen.

Die Lebensmittelverhältnisse und Preise in Amerika

Wir bringen den Schlussbericht über die Lage der arbeitenden Schichten in Nordamerika. Kollege Schlotter, der ein Jahr in U. S. A. war, hat die Verhältnisse seiner nicht zu düster geschildert.

Nachdem wir die Lohnverhältnisse und Sparsamkeit betrachten haben, sollen die Lebensmittelverhältnisse nicht vergessen werden, weil hier in Wirklichkeit eine Sparsamkeit besteht, die aber andererseits durch den erhöhten Umsatz und Verschwendung, nach unserem Sinne, wieder weit gemacht wird.

Diese Einstellung auf Konsum und Erzeugung verlangt aber auch eine ebenso große Bearbeitungsindustrie. Alles ist auch hier

Dieser gewaltige Apparat verflingt natürlich auch eine Masse Geld, das aus den Produktion wieder heraus muß. Ein durchschnittlicher Gewinn von mindestens 50 Prozent kommt dazu.

Die Lage der Farmer (Bauern) ist eine bedauernde. Schon seit langer Zeit bestreben sie die Parlamente und Senat, ohne Erfolg.

In dieser Lage können die Farmer ihre nach hundert Jahren

„Der lichte Tag“

ist für jeden natürlich verschieden. Der abgeschobene sozialistische

„Das war ein Tag, der 9. November 1918. Wohl dem Geschick, dem es vergönnt war, den lichteften Tag der deutschen

„Ja, das war auch ein Tag, der 9. November, und welcher! In den

handlungswege nicht zu erreichen war, mußte der Streik in Anwendung

Zu gleicher Zeit stand ich mit den Arbeitern der chemischen

„Mag die Direktion mit den Fächern nicht, wenn ihr Streitarbeit

Auf Grund dieses Inhaltes erhob der Staatsanwalt von Arn-

Wohl das Größte, das Amerika heute und namentlich im Wahl-

Die Lebensmittelpreise sind etwa folgende (1 Dollar 420. 1 Ct. 42 Pfg.): 1 Pfd. Fleisch (Schaf) 22 Ct., 1 Pfd. Schweinefleisch 36

Erdbeeren, Bohnen, Äpfeln, grüne Bohnen, Spinat usw. werden vielfach in Büchsen eingemacht und gewaschen, gekauft. Alle diese

Überblickt man die Preisverhältnisse und die Lohnskala in Amerika, so ergibt sich ohne weiteres eine billige Lebenshaltung.

Das Ersparte der ersten Jahre darf kein Maßstab zur Beurteilung sein, sondern der Durchschnitt. Nicht der Preis des einzelnen

Alle diese Dinge mögen zur Betrachtung dienen und studiert werden von allen Deutschen, dann ergibt sich folgendes Bild:

Allen denjenigen aber, die Deutschland kaputt schlagen und dann neu aufbauen wollen, ist dringend eine Kur echt kapitalistischer, freier

Deutschlands Geistesleben, seine Geschichte, seine Taten, seine Technik und Qualität seiner Arbeit, seine Sozialleistungen in Arbeiter-

„Der lichte Tag“

ist für jeden natürlich verschieden. Der abgeschobene sozialistische Überbleibsel der

„Das war ein Tag, der 9. November 1918. Wohl dem Geschick, dem es vergönnt war, den lichteften Tag der deutschen

„Ja, das war auch ein Tag, der 9. November, und welcher! In den Früchten haben wir ihn erkannt. Die Revolution hat dem Schieber-

handlungswege nicht zu erreichen war, mußte der Streik in Anwendung gebracht werden. Aber ein Streik mit 150 Personen war für den jungen

Zu gleicher Zeit stand ich mit den Arbeitern der chemischen Fabrik in Brilon-Wald in einer Lohnbewegung, die ebenfalls zum Streik

„Mag die Direktion mit den Fächern nicht, wenn ihr Streitarbeit verweigert. Sie wird

Auf Grund dieses Inhaltes erhob der Staatsanwalt von Arnberg

„Unter der alten Regierung ist manches Schlechte gegangen, aber heute ist es noch viel schlechter.“

Der Mann hat ohne Zweifel den Nagel auf den Kopf getroffen. Aber so etwas darf man in sozialistischen Gewerkschaftskreisen nicht sagen, denn wer der Revolution etwas Böses nachsagt, den hängen die Kapitalisten und davor möchte sich auch die „Metallarbeiterzeitung“ hüten.

Hochofenarbeiter und Achtstundentag

Man läuft heute im Arbeitgeberlager mit allen Mitteln Sturm gegen das Dreischichtensystem in der Schwerindustrie, um die wirtschaftliche Untauglichkeit der Sache darzulegen. Die deutsche Bergwerkszeitung nimmt in der Nr. 261 die übliche Stellung zu der Frage und stellt dann zum Schluß des Artikels die Produktion von 1914 mit der von 1922 im Vergleich.

Besonders zu dem Satz „die letztgenannte Leistung war lediglich eine Folge des Dreischichtensystems“, kann ein vernünftiger Arbeiter nicht ganz schweigen. Nach den Ausführungen des Artikelschreibers, nehme ich an, daß derselbe ein Hochofenwerker kennt, dann muß er aber auch wissen, daß der Gang eines Hochofenwerkes nicht allein von den Arbeitern abhängig ist. Es spielen doch hier allerhand Umstände mit. Im Jahre 1914 (ich schreibe hier gerade wie der Schreiber der B. Z. von einem größeren Hochofenwerk des Ruhrbezirks) waren unsere Hochöfen Leistungsfähig. Sie waren wie der Arbeiter sagt gut im Schuß. Es wurden fast nur hochprozentige Erze beschickt. Und was doch wohl die Hauptsache ist, es war Abfall da. Wie sah es nun im Jahre 1922 aus? Während des Krieges waren die Ofen ausgepöbert worden, zu deutsch, herausgeholt was herausgeholt werden konnte. Nur notwendige Reparaturen waren gemacht worden. Mit Ersatzmaterial mußte zum Schluß gearbeitet werden. Ich erinnere nur an die Ersatzblüthen. Es ging ja fast mehr Wind in die Luft, als in die Ofen, dazu blieben die hochprozentigen Erze durch die Abschmückung Deutschlands aus. Man war gezwungen minderwertige Erze zu verarbeiten. Unter diesen Umständen wurde mit der dreigeteilten Schicht, oder besser gesagt mit dem Achtstundentag begonnen. Dazu mußte nach Schürmanns Rechenbuch 1/2 Arbeiter mehr eingestellt werden. Wenn der Artikelschreiber in der B. Z. im Jahre 1922 fast von doppelter Arbeiterzahl spricht, so muß das auf andere Gründe zurückzuführen sein. Die Arbeiterzahl richtet sich doch ein wenig danach, ob ein Betrieb modern oder unmodern ist. Ein Hochofenwerk kann einen guten Hohenofenbetrieb haben, kann moderne Erzbunker haben, ferner Schrägaufzüge, Hochofenverladebrücken, usw. Es gibt aber im hiesigen Bezirk Werke, die solches nicht haben, oder nur zum Teil. Was kann zum Beispiel alles zum Hochofenwert gerechnet werden?

Es ist leicht mit Zahlen zu operieren, die nicht näher präzisiert sind. Aber glaubt der Artikelschreiber, irgend ein Arbeitgeber hätte aus lauter Arbeiterfreundlichkeit mehr Leute eingestellt als unbedingt notwendig waren? Wenn trotzdem mehr Leute eingestellt worden sind, werden auch wohl Gründe dafür vorhanden sein. Nun kommt aber der wichtigste Punkt. Konnten denn die Arbeiter im Jahre 1922 mehr leisten? Sie hätten es ohne weiteres getan, denn die aufgeregteste Zeit lag schon hinter sich. Die Arbeiter wurden zu der Zeit schon nach Leistung bezahlt. Und so wie ich die Arbeiter kenne, hätten sie sich durch Faulheit sicher nicht den Mehrerlösen entgegen lassen. Aber es wurde gebremst. Mit anderen Worten es durfte nur ein bestimmtes Quantum beschickt werden. Einmal war kein Abfall da, das andere Mal war kein Koks da. Nun zu den Arbeitern selbst. Im Jahre 1914 gut genährte Arbeiter, im Jahre 1922 durch Not und Elend ausgeemagerte Arbeiter. Also 1914 voll ausgeübter Betrieb mit gutem Material und guten Ofen, 1922 gedrückter Betrieb mit schlechtem Material und schlechten Ofen. Trotzdem wage ich zu behaupten, es hätte vielleicht etwas mehr geleistet werden können, wenn die Vorgesetzten während der dreigeteilten Schicht dieselbe Energie und Courage aufgebracht hätten, die sie heute zeigen. Weiter will ich dazu nichts bemerken. Wenn man nun, bei Kenntnis all dieser Tatsachen dazu übergeht, die Produktion von 1922 der von 1914 gegenüber zu stellen und dann behauptet, das Verhältnis ist auf die dreigeteilte Schicht zurückzuführen, so ist das mehr wie Ironie.

Ein Hochofenarbeiter.

Röhlingen.

Ein großer Erfolg

Auf den Röhlingschen Eisen- und Stahlwerken in Röhlingen wurde in den letzten Wochen eine Bewegung geführt, die nicht nur für die Arbeiterchaft des Saargebietes, sondern für die gesamte deutsche Arbeiterchaft von der größten Bedeutung sein dürfte.

Nicht nur war von der Firma Röhlings beabsichtigt, anstelle der dreigeteilten eine zweigeteilte Schicht einzuführen, sondern es war auch ein Lohnabbau von 15-20 Prozent, Wegfall der Überstundenzuschläge, Reduzierung der sozialen Zulage, sowie Herabsetzung der Zuschläge für Sonntagsarbeit bei der 7000 Mann starken Belegschaft angekündigt. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde von der Firma Röhlings kurzfristig das Werk am 13. September geschlossen und die gesamte Arbeiterchaft auf die Straße gesetzt.

Zum besseren Verständnis muß kurz auf die Verhältnisse innerhalb der Saarindustrie hingewiesen werden. Im Saargebiet bestehen fünf größere Hüttenwerke mit einer Gesamtbelegschaftsziffer von ungefähr 35 000 Mann. Vier dieser Werke, deren Besitzer im Frieden von den nationalliberalen Heberpartikeln des Saargebietes gehörten, überließen in den Jahren 1919/20 ihre Werke französischen Kapitalisten. Infolge der mit Einführung der französischen Franken im Saargebiet dauernd herrschenden Währungschwankung der ungunstigen geographischen Lage der Saarindustrie, sowie einer geradezu wucherischen Kohlenpreislage des französischen Staates als Grundbesitzer im Saargebiet befindet sich auch tatsächlich die Hüttenindustrie in einer nicht gerade beneidenswerten Lage. Für die Röhlings Hütte war die Situation allerdings mit durch eigene Schuld noch etwas unheimlicher, als dieselbe schon 1921 aus dem Arbeitgeberverband für die Saarindustrie ausgestiegen war und nun nicht dieselben Preisnachteile beim Kohlenbezug von der französischen Verwaltung erduldet, als dies bei den anderen Hüttenwerken und Privatabnehmern der Fall war. Der Kampf um die Ermäßigung der Kohlenpreise wurde schon seit Anfang dieses Jahres mit der größten Energie geführt. Auch unser Christlicher Metallarbeiterverband wurde schon im Herbst im Interesse der Erhaltung der Arbeitsstätten, der in der Schwerindustrie beschäftigten Kollegen bei den verschiedensten in Betracht kommenden Stellen vorstellig, während der sozialistische Metallarbeiterverband sich vollständig zurückhielt. Alle Bemühungen waren aber erfolglos und so trieben die Dinge im Laufe des Sommers zur Katastrophe.

Anstatt sich nun die Arbeiterchaft des Werkes zu Bundesgenossen im Kampf gegen die allzuhohe Kohlenpreise zu machen als der eigentlichen Ursache der Saarkrisis, beging Röhlings den unverzeihlichen Fehler, daß er der Gesamtbelegschaft am 31. August zum 13. September kündigte. Dazu kamen die eingangs erwähnten, geradezu unannehmlchen und auch für die Arbeiterchaft direkt untragbaren Bedingungen.

Für die Organisation, vor allem für unseren Christlichen Metallarbeiterverband, der in Röhlingen stärker als der sozialistische Metallarbeiterverband vertreten ist, kam selbstverständlich nur eine entschlossene Ablehnung der Bedingungen in Frage. Entsprechend gemachten Forderungen versuchte nun die Firma Röhlings sich über die Organisationen hinweg auf die „Arbeitswilligen“

„Gefahr in Verzug“

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hatte vor kurzem die Vertreter der Berg- und Metallarbeiterverbände Oberdeutschens zu einer Besprechung nach Weimar eingeladen. Dr. Brauns wollte mit, daß in den nächsten Wochen eine Verordnung herauskommen soll, durch die § 7 der Arbeitszeitverordnung geändert wird. Für die Kohlereisen, Hochöfen, Walzwerke und Stahlwerke soll der Achtstundentag wieder eingeführt werden.

Diese Erklärung des Reichsarbeitsministers veranlaßt die „Deutsche Bergwerkszeitung“ Nr. 261 zu einem Aufschrei ihres gepreßten Herzens unter obiger Überschrift. Nicht bezweifelnd, weil wir die „Deutsche Bergwerkszeitung“ so sehr ernst nehmen — ein Blatt, was heute Gott will und morgen Höl, was heute die gleiche Frage bejaht und morgen verneint, hat darauf kaum Anspruch — sondern weil der Artikel wieder Argumente gegen den Achtstundentag enthält, die durchaus falsch sind, müssen wir uns damit beschäftigen. Man muß fast annehmen, daß der Reform der Arbeitszeit sachlicher Widerstand nicht zu leisten ist und darum vorgegebene, zweifellos auch von Arbeitgeberseite als sehr schwach erkannte Gegengründe als zehrender Strohhaufen betrachtet werden.

Da ist zunächst die Frage der effektiven Arbeitszeit. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ bemerkt dazu folgendes: „Niemer muß bedacht sein, daß bei einer Arbeitszeit von 10 Stunden oder, mit Pausen, 12 Stunden, lediglich 5-6 Stunden effektiv gearbeitet wird. Die übrige Zeit besteht aus Arbeitsbereitschaft, Gang ähnlich, eher noch günstiger, liegen die Verhältnisse bei den Kohlereisen.“

Diese Frage der „effektiven Arbeitszeit“ müßte immer mehr aus dem Rahmen eines Sachverhalts zu einem offenkundigen Unsinne heraus. Wenn z. B. der Schmied auf das glühende Eisen loshämmert, wenn die Walze den Block gefaßt hat, wenn beim Hochofen der Abfall gemacht wird, dann ist das noch Ansicht der Arbeitgeber effektive Arbeitszeit. Alle Vorarbeit, z. B. das Anfließen des Eisens, die Arbeit beim Zuführen und Wenden des Blockes usw. gelten bei diesen Arbeitgebern nicht als effektive Arbeitszeit. Das ist offenkundiger Unsinne, müßte eigentlich jedem Menschen klar sein. Also die lebensgefährliche, nur unter Aufbietung gespanntester Aufmerksamkeit und Geschwindigkeit vor sich gehende Arbeit an der Drahtwalze ist nicht effektive Arbeitszeit, wenigstens zum großen Teil nicht. Wie lange man dann noch die effektive Arbeitszeit bei einem Dreher berechnen, der unter Umständen viele Stunden am Tage oder durchweg mit Selbsttätigkeit arbeitet?

In Wirklichkeit ist die Zeit der Arbeiter fast bis auf die letzte Minute ausgenutzt. Besonders drastisch wird der Unsinne der oben genannten Behauptung der „Bergwerkszeitung“ durch folgende Feststellung widerlegt, die von einem Ingenieur mit der Stoppuhr und einem Arbeiterzeitschreiber auf einem namhaften Werk vorgenommen wurden. Es handelt sich dabei um den Mittelhammer, Arbeitstag: der 16. Mai 1924.

- 6-6:05 Uhr: Vorbereitung zur ersten Hitze,
- 6:05-6:45 Uhr: Block gezogen und geschmiebet,
- 6:45-7:10 Uhr: Amboss umgebaut und Hebel umhängen,
- 7:10-8:00 Uhr: Block gezogen und geschmiebet,
- 8:00-8:35 Uhr: Pause,
- 8:35-8:45 Uhr: Block einsehen,
- 8:40-9:27 Uhr: Block gezogen und geschmiebet,
- 9:27-9:31 Uhr: Fertiges Schmiedestück zum Platz transportieren und Rest von Block einsehen,
- 9:31-10:18 Uhr: Block gezogen und geschmiebet,
- 10:18-10:25 Uhr: Block einsehen,
- 10:25-11:02 Uhr: Block gezogen und geschmiebet,
- 11:02-11:11 Uhr: Fertiges Schmiedestück zum Platz transportieren und Rest vom Block einsehen,
- 11:11-11:18 Uhr: Block im Ofen gedreht. (In dieser Zeit wurde der Herkellmann warm gestellt und Kaffee gekocht.)
- 11:18-11:42 Uhr: Block gezogen und geschmiebet,
- 11:42-11:47 Uhr: Block einsehen,
- 11:47-12:04 Uhr: Block gezogen und geschmiebet,
- 12:04-12:10 Uhr: Block einsehen,
- 12:10-1:05 Uhr: Pause,
- 1:05-1:40 Uhr: Block gezogen und geschmiebet,
- 1:40-1:45 Uhr: Block einsehen,
- 1:45-2:10 Uhr: Block gezogen und geschmiebet,
- 2:10-2:18 Uhr: Block einsehen,
- 2:18-2:18 Uhr: Block im Ofen gedreht,
- 2:18-2:23 Uhr: Pause,
- 2:23-2:50 Uhr: Block gezogen, geschmiebet und fertige Schmiedestücke zum Platz transportieren.
- 2:50 2:53 Uhr: Block im Ofen gedreht,
- 2:53-2:57 Uhr: Teilweise Arbeiterchaft, teilweise Kilmieren,
- 2:57-3:22 Uhr: Block gezogen und geschmiebet,
- 3:22-3:24 Uhr: Fertige Schmiedestücke zum Platz transportieren,
- 3:24-3:39 Uhr: Ausgebrannte Ofen für ausbauen und neue Ofen für an Ofen 1 einbauen,
- 3:39-4:07 Uhr: Pause,
- 4:07-4:43 Uhr: Block gezogen und geschmiebet,
- 4:43-4:47 Uhr: Fertige Schmiedestücke zum Platz transportieren,
- 4:47-4:22 Uhr: Block gezogen und geschmiebet,
- 5:22-5:25 Uhr: Fertige Schmiedestücke zum Platz transportieren,
- 5:25-6:02 Uhr: Beide Ofen einsehen,
- 6:02 Uhr: Feierabend.

Pausen:	8,00 - 8,35 Uhr	=	35 Minuten,
	11,19 - 11,18 Uhr	=	5 Minuten,
	12,10 - 1,05 Uhr	=	55 Minuten,

2,08 - 2,23 Uhr	=	5 Minuten,
2,53 - 2,57 Uhr	=	4 Minuten,
3,30 - 4,07 Uhr	=	28 Minuten,
Summa		132 Minuten,
Ueberarbeit		2 Minuten,
Wahl		130 Minuten.

oder bei 12stündiger Arbeitszeit eine Pause von 2 Stunden und 10 Minuten.

Im Hochofenbetrieb ist genau das gleiche der Fall. Nicht nur dann ist der Schmelzer effektiv beschäftigt, wenn er etwa alle vier Stunden den Abfall vornimmt, nein, er hat in der Zwischenszeit den Hochofen ständig zu beobachten, dafür zu sorgen, daß er nicht ins Hangen kommt und stets in geregelter Gang bleibt. Was würde man wohl mit dem Schmelzer machen, der in Gemütsruhe und „Arbeitsbereitschaft“ von Abfall zu Abfall verknäueln wollte. So ist es in allen Fällen. Unausgesetzte ständige Beobachtung, die fast im Lebensgefahr, in brennender Hitze, in Gas und Staub und Feuer knirschen oder ständige körperlich schwerste Arbeit.

Im Übrigen — weil man nur beim Arbeiter mit „effektiver“ Arbeitszeit operiert — wie groß ist dann diese „effektive“ Arbeitszeit bei den führenden Wertepersonalisten? Wenn mit gleichem Maßstab hier gemessen würde, sicherlich sehr gering, etwa nur dann, wenn Unternehmern geleistet, Briefe diktiert oder Verhandlungen geführt werden.

Das läßt man natürlich nicht gelten. Ja, Bauer, das ist etwas anderes. Dann soll man auch gegenüber dem Arbeiter mit dem Unsinne operieren.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schließt sodann auch das Produktionsproblem in den Vordergrund.

„Deutschland in der Welt voran! Die übrigen Länder sollen und müssen noch warten und leiden, daß wir so fruchtbar sein sollen und vorangehen auf dieser gefährlichen Bahn. Und wir — man sollte es nicht für möglich halten — wir, denen sie die schwersten Lasten aufbürdet haben, daß wir uns davon loskloppen werden, wir, die wir nur mit allendlicher Anstrengung zu einer Gefühls- und Wirtschaft kommen können, wir gehen laßloslich voran und gehören den mit unendlichen Schwierigkeiten vorbereiteten Nationen aus Gründen, sagen wir einmal vorchristlicher, „Abwehr“ Natur. Es ist zum Verzweifeln. Gerade die wichtigsten Bedenke werden dadurch ins Herz getroffen, gerade die Bedenke, denen Ergebnisse entscheidend unsere Exportpolitik beeinflussen können. Was liegt dagegen aller „Deduktion“?“

Die Lage der „Deutschen Bergwerkszeitung“ über das Nachlassen der Produktion wird in der Arbeitgeberpresse auch ziemlich häufig zu belegen versucht. Man wendet dabei eine Methode an, die durchaus nicht als einwandfrei zu bezeichnen ist. Man pflegt gewöhnlich die Produktionsergebnisse des Jahres 1913 den Endwerten des Jahres 1920-1922 gegenüber zu stellen und bezeichnet dann als Ursache für den tatsächlichen in die Augen fallenden Produktionsrückgang die Einführung des Achtstundentags. Eine solche Methode ist falsch. Die Produktion des Jahres 1913 mußte an sich schon gewaltig größer sein, weil alle Voraussetzungen einer gebundenen Produktionspolitik gegeben waren. Wir hatten eine starke Rohstoffbasis, wir hatten damals ungehinderte Absatzmöglichkeiten, wir hatten eine im großen und ganzen gesunde und starke Arbeiterchaft. Diese Voraussetzungen waren 1920 bis 1922 nicht mehr in dem Maße vorhanden. Der Verfall der Friedensvertrag verstimelte unsere Rohstoffbasis, unser Absatzmarkt wurde fast vollständig erschüttert. Ermangel und Absatzschwierigkeit führten zur Stilllegung bedeutender Produktionsstätten. Auf der Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Weimar im Jahre 1922 wurde der Zentralvorstand, Kollege Nieber bestimmt, daß allein im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet 30 Hochöfen stilllagen. Die noch in Gang befindlichen Ofen machten sich mit mindermöglicher Erzen begnügen. Zudem wurde von Unternehmern verschiedentlich die Produktion gekloppt. Wer das nicht glaubt, lese die nebenstehenden Darlegungen eines Fall- und Arbeiter. Es ist also Unfug, Zahlen zu vergleichen, die eigentlich gar keinen Vergleich zulassen. Außerdem kommt noch in Frage, daß auch der Geist der Arbeiterchaft anders geworden ist. Es wird heute wieder intensiv gekloppt und das würde sich auch zeigen beim Achtstundentag.

Als im Dezember 1923 unter dem Zwang der gemäßigten Wirtschaftspolitik durch das Berliner Abkommen die Arbeitszeit verlängert wurde, da betonten die Vertreter der Arbeitgeber feierlich den vorläufigen Charakter dieser Regelung für die Zeit der Notstandsregelung. Das ist von herangezogenen Vertretern der Unternehmer auch nachher verschiedentlich bei Verhandlungen und in der Presse beteuert worden. Nun wohl, die Zeit ist da, wo das deutsche Unternehmertum sein eigenes feierliches Wort einlösen muß. Die Micaumbenrüge, durch welche die Reparationslast des ganzen Volkes auf die Rheinisch-Westfälische Wirtschaft abgelenkt wurde, bestehen nicht mehr. Die Wirtschaft hat jetzt Gelegenheit zu zeigen, daß bei ihr noch Micaumwort gilt.

Es ist allerdings bezeichnend, daß jetzt alle Gegenkräfte durch das Unternehmertum mobil gemacht werden, um einen unter dem Druck schwerster Not zustande gekommenen kulturwürdigen Zustand zu verewigen. Diese bedauerliche Tatsache muß für die Arbeiterchaft Veranlassung sein, mit allem Kräfte ihre Organisation an Mitgliederzahl und an Finanzen zu stärken, um sich selbstständig in der Schwerindustrie eine menschenwürdige Arbeitszeit zu erringen.

zu wenden und glaubte mit Hilfe derselben die Verschlechterungen durchdrücken zu können. Diese Abhängigkeit unter dem Willen der Belegschaft. Die Metallarbeiterverbände machten nun alle Versuche, die Firma von der Schließung des Werkes abzuhalten. Das war vergebens. Da machten sie die Regierungskommission mobil und erreichten die leit lanam geforderte Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Ebenfalls war es möglich, den größten Teil der Belegschaft anderweitig in Arbeit zu bringen. Unter diesen Umständen sah die Arbeiterchaft mit Ruhe und Entschlossenheit dem Ausgang des Kampfes entgegen. Die Arbeiterchaft war sich bewußt, daß, wenn es Röhlings gelang, ihnen die angebotenen Verschlechterungen aufzubürden, auch die französischen Werke des Saargebietes sofort schließen würden. Der Abwehrkampf wurde also von den Röhlings Arbeiter nicht nur im eigenen Interesse, sondern für die gesamte Saararbeiterchaft geführt. Leider sah dies die übrige Arbeiterchaft nicht ein und die Bitte um Unterstützung der Röhlings Kollegen fand bei den übrigen Verbänden taube Ohren.

An der Spitze der Metallarbeiterverbände bemühte sich unser Verband mit allen Mitteln um eine Verbilligung der Kohlenpreise, da auch auf anderen Hüttenwerken an der Saar Schwierigkeiten auftraten. Regierungskommission und Verwaltungsrat der Saargruben in Paris wurden bearbeitet. Das Internationale Arbeitsamt bemühte sich durch unsere Kollegen Demmeler-Benz ebenfalls nachdrücklich um eine gewisse Ermäßigung der Kohlenpreise zu erreichen. Damit war der Boden für eine Verständigung mit der Röhlings Hütte vorbereitet.

Nach verschiedenen Verhandlungen erklärte sich die Werksleitung bereit, die Hütte am 3. November wieder zu den alten Bedingungen zu öffnen.

Was ist erreicht worden?
1. der Achtstundentag bleibt erhalten,
2. die Lohnreduzierungen finden nicht statt, es werden die Löhne des Arbeitgeberverbandes gezahlt,

- 3. die sozialen Zulagen bleiben erhalten,
- 4. die Überstundenzuschläge bleiben erhalten.

Die Kommunisten im sozialistischen Metallarbeiterverband suchten die Sache pushmäßig zu behandeln, aber die Arbeiterchaft war zu vernünftig, den gewaltigen Schlagmordhaken zu folgen. Die Organisation hat einen vollen Erfolg davongetragen, der in dem Maße nicht zu verzeichnen gewesen wäre, wenn unser Christlicher Metallarbeiterverband nicht eine so kluge Taktik befolgt und eine ruhige Entschlossenheit gewahrt hätte.

Branchenbewegung

Formen.

Am 24. 10. d. J. wurde zwischen dem Verband der Metallindustriellen von Hessen-Nassau, Hessen und angrenzende Gebiete e. B. in Frankfurt einerseits und den drei gewerkschaftlichen Organisationen andererseits ein neues Gießereiabkommen getroffen. Dieses Abkommen ist für die Kollegen, die im Formergewerbe beschäftigt sind, insofern von Bedeutung, als die Ausschüßfrage einen großen Raum in diesem Abkommen einnimmt. Die Frage der Ausschüßfrage, besonders der Vergütung des unversicherten Arbeiter, ist es, ist in den letzten Jahren heiß umstritten worden. Nachdem das Reichsabkommen abgelaufen war und ein neues Abkommen für das Reich im vergangenen Sommer nicht mehr zustande kam, sind die Kollegen darauf angewiesen, durch lokale Abmachungen diese Frage zu regeln. In diesem Zusammenhang dürfte gerade das Frankfurter Abkommen für unsere Kollegen von weitgehendster Bedeutung sein und wir lassen einen Auszug desselben hier folgen.

Die Buchdrucker haben vor 8 Tagen in ganz Deutschland eine Lohnbewegung gemacht, durch die eine beträchtliche Erhöhung der Löhne gefordert wurde. Sie erreichten auch eine Steigerung des Wochenlohnes von 33,80 Mark auf 40 Mark.

Warum war das mit einem Schlage den Buchdruckern möglich?

1. Weil die Buchdrucker zu 89 Prozent organisiert sind und daher eine ungeheure Macht darstellen.

2. Weil sie schon seit 3 Monaten einen Wochenbeitrag von 2 M. bezahlen, um ihre Verbandskasse möglichst kräftig zu machen.

Wo bleiben da die Metallarbeiter?

Par. 1.

Ausgleichsmaß, an welchem den Arbeitnehmer nachweisbar keine Schuld ist, wird voll bezahlt.

Als unerschuldeter Ausgleich gilt im besonderen:

a) Reizen von Gußstücken, wenn dieses auf falsche Konstruktion oder ungeeignete Gatterung zurückzuführen ist.

b) Ausgleichsmaß, der durch fehlerhafte oder unsachgemäße Anfertigung der Modelle, Kernkasten oder Modellplatten verursacht ist; ersichtliche Fehler an Formeinrichtungen sind rechtzeitig dem Vorgesetzten zu melden.

c) Poröser Guß oder Unterungen, wenn diese auf ungeeignete oder fehlerhafte Gaatlagerung zurückzuführen sind, sofern diese nicht durch formtechnische Mittel verhütet werden können.

d) Gußstücke, die ohne Verschulden des Formers beim Ausleeren durch Dichte beschädigt oder unbrauchbar gemacht werden.

e) Ausgleich, der nachweisbar durch spezielle Anordnungen Vorgeleitet entstanden ist, sofern diese Anordnungen von dem Arbeiter eingehalten worden sind. Der Arbeiter ist jedoch verpflichtet, Bedenken gegen solche Anordnungen, die nach seiner Ansicht zu Ausschub führen können, rechtzeitig zu äußern, damit ein eventueller Schaden verhindert werden kann.

f) Ausgleich, der auf fehlerhafte Herstellung des Kernes zurückzuführen ist, sofern der Formner die Fehlerhaftigkeit nicht erkennen konnte.

Par. 2.

Ausgleichsmaß, der durch Vorzug oder Mangel an Sorgfalt, wie sie von einem gewissenhaften Facharbeiter aufzuwenden ist, entfällt, wird nicht bezahlt.

Par. 3.

Ausgleichsmaß, bei dem weder Vorzug noch Mangel an Sorgfalt festzustellen ist, wird folgendermaßen bezahlt:

a) Für Arbeiten, bei denen die Akkordzeit nicht länger als eine Stunde angelegt ist, wird nichts bezahlt.

b) Für Arbeiten bei denen die Akkordzeit nicht länger als 4 Stunden festgelegt ist, wird 35 Prozent des Akkordes bezahlt.

c) Für Arbeiten, für welche eine Akkordzeit bis 10 Stunden festgelegt ist, werden 50 Prozent des Akkordes bezahlt.

d) In gleicher Weise bis 20 Stunden 65 Prozent.

e) Ueber 20 Stunden 75 Prozent.

Par. 4.

Bei einfachen Massenartikeln, die auf Maschine hergestellt werden, wird eine Vergütung des Ausgleichs nicht gewährt; die auch hierbei bestehende Ausschubgefahr wird wie bisher bei der Akkordpreismessung berücksichtigt.

Par. 5.

Zweifelhafte, der weiteren Verarbeitung unterliegende Gußstücke werden bis zur endgültigen Feststellung ihrer Brauchbarkeit unter Vorbehalt abgenommen. Der in diesen Fällen bezahlte Akkordverdienst gilt als Vorzuschuß.

Zweifelhafte Gußstücke sind solche, die sich nach dem Ruhen als fehlerhaft erweisen, bei denen aber die Aussicht besteht, sie bei der weiteren Verarbeitung noch brauchbar zu machen.

Par. 6.

Ist eine Verständigung darüber, ob der Ausschub durch Vorzug oder mangelnde Sorgfalt entstanden ist, nicht möglich, so entscheidet die Betriebsleitung, gegen deren Entscheidung die Berufung an eine paritätische Kommission zulässig ist. Die Kommission besteht aus je einem Sachverständigen, die von den vertragschließenden Parteien bestellt werden. Sie muß spätestens innerhalb von 6 Tagen zusammentreten, gerechnet von dem Tage, an dem dem die Verbände Kenntnis von der Notwendigkeit des Zusammentritts der paritätischen Kommission erhalten haben.

Ein Erfolg für die Lokomotivführer im oberhessischen Steinsolbergbau.

In einer der letzten Sitzungen des Sachausschusses „Steinsolbergbau“ in Gleiwiß, an welcher als Vertreter der Facharbeiter und Sachverständigen für den Christlichen Metallarbeiterverband Kollege S i a r a (Hindenburg) teilnahm, wurde nach langwierigen Verhandlungen über die Entlohnung der Lokomotivführer unter Tage im Steinsolbergbau entschieden. Sie erhalten danach ab 1. September d. J. entsprechend der vorhandenen Förderung eine Prämie, die bis zur vollen Höhe des Ausgleichs der bisherigen Differenz zwischen Kundenlohnmäßiger d. h. 8 1/2 mal 39 bzw. 44 Pf. und Schichtlohnmäßiger d. h. 10 mal 30 bzw. 44 Pf. pro Arbeitstag Verdienberechnung gewährt werden kann. Eine mehrere Monate hindurch die davon betroffenen Kollegen heunruhigende Streitfrage wurde dadurch gelöst. Die Verdienberechnung, die bisher für viele Kollegen die Höhe von 38 bis 76 Pf. pro Schicht betrug, kann nunmehr ausgeglichen werden. Ein vom Christlichen Metallarbeiterverband seinerzeit dieserhalb eingetragener Antrag hat somit zum Erfolg geführt.

Eine Verbesserung in der Entlohnung ist auch für Fahrmeister über Tage erreicht worden. Dieselben erhielten eine besondere Zulage in Höhe bis zu 7 Pfennig pro Stunde zugesprochen.

Zusatz der Arbeiter- und Betriebsräte wird es nunmehr sein, die Durchsetzung dieser Neueinrichtung zu beachten und vorkommende Mängel umgehend der Geschäftsstelle des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Hindenburg zu melden. Den Bemühungen werden und Maßnahmen sei dieser Erfolg aber auch ein Ansporn zu weiterer Mitarbeit in unserem Verbande.

Verbandsgebiet

Zur Arbeitszeit- und Lohnfrage in den oberhessischen Eisenhütten.

Zurückgeführt erscheint die geordnete Weiterführung der oberhessischen Eisenindustrie wegen der stark antisozialen Einstellung gewisser Unternehmer unter Führung des Gewerbetrats a. D. Dr. L i t t e r.

Zum 30. September war die durch Schiedspruch bestimmte Arbeitszeit und Lohnregelung gekündigt worden. Bekanntlich war diese Regelung gegen den Willen der Arbeitnehmervertreter erfolgt. Mit Rücksicht auf die fortschreitende Teuerung ist es verständlich, wenn der Christliche Metallarbeiterverband gemeinschaftlich mit den anderen Metallarbeiterverbänden, die am Tarifvertrag beteiligt sind, dem Arbeitgeberverbande Lohnforderungen der Arbeitskraft übermittelte. Es wurde ein Zuschlag von 15 Prozent zu den bisherigen Löhnen verlangt. Ferner ist die Wiedereinführung des Dreischichtensystems für die ununterbrochenen Betriebe gefordert worden.

Obwohl schon wiederholt Verhandlungen stattgefunden haben, in denen von Seiten der Organisationsvertreter die ungeheure Notlage der Arbeiterschaft der Hüttenbetriebe lebenswahr geschildert wurde, zeigten die Arbeitgebervertreter sowohl hinsichtlich der Arbeitszeiterleichterungen als auch bezüglich einer Lohnerhöhung keinerlei Entgegenkommen. Als allgemeiner Grund für ihre Stellungnahme gilt ihnen die angeblich überaus schlechte wirtschaftliche Lage ihrer Werke. Um überhaupt noch wettbewerbsfähig zu bleiben, sei es nach Ansicht der Arbeitgeber notwendig, unter allen Umständen die derzeitige Arbeitszeit beizubehalten und von einer weitergehenden Belastung des Lohnkontos Abstand zu nehmen. Gegenwärtig sei es den Verwaltungen schon schwer, die Betriebe in Gang zu halten und fortzuführen; es sei gar nicht abzusehen, in welche Lage noch die oberhessische Eisenindustrie kommt, wenn nicht bald eine allgemeine Wendung zum Besseren eintritt.

Den Ausführungen der Arbeitgebervertreter gegenüber vertreten die Verhandlungsführer der Arbeitnehmer die Auffassung, daß es nie in der Absicht der maßgebenden Stellen gelegen haben kann, für die Schwerstarbeiter auf lange Dauer den Achtstundentag aufzugeben. In Berücksichtigung der allgemein außerordentlich schlechten Wirtschaftslage sollte nur für vorübergehende Zeit die Mehrarbeit auch von den Schwerstarbeitern geleistet werden. Das sei geschehen. Bei der sich anbahnenden Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse sei es aber u. a. in erster Linie erforderlich, zu ertüchtlichen Arbeitsbedingungen wieder zurückzukehren, erst recht aber dann, wenn, wie es zurzeit der Fall ist, die Gefahr sehr nahe ist, daß wegen unzulänglicher Entlohnung die Lebenshaltung der Arbeiter so tief sinkt, daß sie zur Leistung der Mehrarbeit bezw. nennenswerten Steigerung der Produktion unfähig werden. Ein weiterer Grund, der für die baldige Wiedereinführung der dreiteiligen Schicht anzuführen ist, ist der, daß seit Bestehen der verlängerten Arbeitszeit die Unfälle in der Schwerindustrie immer zahlreicher wurden und bei dem schlechten Ernährungszustand der Arbeiter leider voraussichtlich sich noch vermehren. Außerdem hat die Arbeiterschaft für den durch die verlängerte Arbeitszeit ebenfalls bedingten Mehraufwand zur Bekämpfung der Haushaltskosten keinen Ausgleich in entsprechender Erhöhung der Löhne erhalten. Im Gegenteil, es wurden die

Löhne, sowohl Zeitlohn als auch Akkordverdienste sehr erheblich gekürzt. Ferner ist den oberhessischen Hüttenarbeitern von den Unternehmern auch das Recht auf den Bezug von Deputatkosten erheblich geschmälert worden. Wenn nun gleichzeitig mit der Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, Anfeindungen und Schanden für die Volksgenossen wachsen, abgesehen von den bedenklichen Folgen einer längeren Erwerbslosigkeit für Tausende von Arbeitern in einem so dicht bevölkerten Gebiete, wie dem oberhessischen, so ist den Wünschen der Arbeitnehmer wohl eher die Berechtigung anzuerkennen, als denjenigen der Arbeitgebervertreter.

Die Unzulänglichkeit der bestehenden Lohnverhältnisse wird jedem klar, dem bekannt wird, daß über 24jährige Hilfsarbeiter, die immerhin einen großen Teil der gesamten Hüttenbelegschaft ausmachen, nur 29 Pfg. pro Stunde, also bei 10stündiger Arbeitszeit und 25 verfahrenen Schichten monatlich 72,50 Mark Brutto-lohn erhalten. Verheiratete erhalten 75 Mark, für je ein Kind erhöht sich der Monatsverdienst um 2,50 Mark. Beste Facharbeiter erhalten im Zeitlohn — eine Akkordbeihilfe kommt nach dem letzten für verbindlich erklärten Schiedspruch vom 5. August ds. Js. für viele nicht mehr in Betracht, — 42 Pfg. pro Stunde. Das ergibt unter gleichen Voraussetzungen einen Bruttomonatsverdienst von 105 Mark, der über 24jährige verheiratete Facharbeiter erhält 107,50 Mark monatlich, für je ein Kind wird ebenfalls ein Kindergeld von 2,50 Mark monatlich gewährt. Nach Abzug der Pflichtenabgaben, die jeder Arbeiter zu leisten hat, verbleibt ihm ein Monatsverdienst von 60—65 Mark. Das sind Verdienste, die ein menschenwürdiges Leben den oberhessischen Arbeitern nicht mehr gestatten. Eine solche Unzulänglichkeit der Löhne kann durch nichts entschuldigt werden, insbesondere nicht, wenn zur Aufrechterhaltung des weit über das erforderliche Maß hinausgehenden Verwaltungsdienstes Aufsummen von Geldern aufgewandt werden, ferner, wenn nach erfolgter Frachternormierung und Kohlenpreiserhöhung auch noch eine durchschnittliche Lebensmittelpreissteigerung von 20—25 Prozent zu verzeichnen ist. Die Lage der Arbeiterschaft muß dann geradezu zu einer Gefahr für alle werden. Mit Recht drängt sich dem denkenden Arbeiter die Erkenntnis auf, wo ist die Stelle, die sich meiner Not annimmt? Ist es, mein Arbeitgeber, ist es die Partei, sind es Bekannte aus anderen Berufen, ist es die Regierung? Die Antwort auf alle diese Fragen ist gegeben. Es ist ein starkes, auf christlicher sozialer Grundlage aufgebautes Berufsverband, es ist der Christliche Metallarbeiterverband! —

Bekanntmachung

Für Sonntag, den 23. November, ist der 48. Wochenbeitrag fällig.

Das Saarland und das Jubiläum unseres Verbandes

Von Bezirksleiter Otto Bid.

Wie in keinem Bezirke unseres deutschen Vaterlandes, so war auch die Anteilnahme am Jubiläumstage unseres Verbandes, der auch gleichzeitig der Ehrentag unseres „alten“ und doch immer noch jungen Verbandsvorstandes ist, im Saargebiet tief und groß. Denn vieles, unendlich vieles verdankt nicht nur die Hütten- und Metallarbeiterchaft, sondern die gesamte Arbeiterschaft an der Saar dem Christl. Metallarbeiterverband, und seinem Führer Franz Wieber.

Als der Christl. Metallarbeiterverband im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet gegründet wurde, langsam aber stetig, bekämpfte von allen Seiten, immer größere Arbeitermassen um sich scharte, da war im Saargebiet das Wort „Organisation“ noch fremd. „Saarabien“ erweckte nicht mit Unrecht im übrigen Deutschland die Vorstellung von wirtschaftlicher und politischer Aneignung der Arbeiterschaft, sozialer Rückständigkeit der Unternehmern. Keine guten Zeiten waren es, welche die Arbeiterschaft zu durchleben hatte, nachdem in den Jahren 1889—92 die Anfänge einer gewerkschaftlichen Selbsthilfe in Form des lokalen Zusammenstoßes der Bergarbeiterchaft im sog. „Rechtshüperlein“ brutal niedergeschlagen wurde. Kirchhofsrieden herrschte allenthalben.

In Herden, eskortiert von den Meistern und Aufsehern, wurde die Arbeiterschaft der Hüttenindustrie zur politischen Wahlurne geschleppt. Nicht nur über die Zustände auf der Arbeitsstelle entließ der „Werkherr“, nein bis hinein in die Familienverhältnisse des Arbeiters erstreckte sich der „Zugriff“ des Unternehmers.

Den Keim zu mancher politischen Entgleisung der Gegenwart im radikalen Arbeiterlager legten die damaligen wirtschaftlichen Machtverhältnisse, indem sie in ihren gelben Werkereinen Genügsamkeit statt aufrechte Staats- und Vaterlandsgewinnung heranzogen.

Ungeheuer schwer wurde es dem Christl. Metallarbeiterverband gemacht, Eingang im Saargebiet zu finden. Tragend gelang es. Schon im Jahre 1906 wurde der Verband auf der Burbacher Hütte in einen schweren Kampf verwickelt. Nicht um eine Lohnbewegung handelte es sich, sondern darum, daß auch die Arbeiterschaft im Saargebiet von dem ihr in der Theorie geleglich zustehendem Koalitionsrecht auch praktisch Gebrauch machen konnte. Dieser Kampf, der erste in der Schwerindustrie Deutschlands, endigte mit halbem Erfolg. Das war viel, — denn die Gegner waren außerordentlich hart. Damals spielte die Sozialdemokratie keine unwichtige Rolle. Schrieb doch die in der damaligen Zeit im Saargebiet erscheinende sozialistische „Volkswacht“, daß das Bäderbundes „Christen“ der Hütte nicht gefährlich wurde. Mit anderen Worten: Hütte, gib nicht nach, es sind ja nur wenige organisiert. Aber der Organisationsgedanke konnte nicht mehr ausgerottet werden. Freinde aber standen ringsum. — Gelbe Werkereine wurden auf jedem Werke von den Unternehmern oder ihren Lakaien, die heute Kommunisten sind, gegründet. Mit Prämienzahlungen für die größte Genügsamkeit suchten die Unternehmern die Arbeiterschaft von dem gefaschten Christl. Metallarbeiterverbande fernzuhalten. Ein Handelskammermann aus Dr. Tille prägte das berühmte Wort: „Menschenrechte gehören in die Kumpfkammer!“ Dem sozialistischen Metallarbeiterverbande fiel es damals im Träume nicht ein, den Kopf ins Loch zu stecken. Die „Königliche“ bergverwaltende unter dem Oberbergamtsrat Hilger stand auf Seiten der Schwerindustrie. Auch die Handelskammer unter Führung von Weisdorf und Dr. Tille sollte nicht. Völligen Hohn damals den Reichern. In der Bekämpfung der Christlichen Gewerkschaften standen auch die damaligen „Berliner“ Radikale in der Front der Gegner. Aber es ging vorwärts — Viel Feind viel Ehre!

Im Jahre 1910/11 schlossen sich die Grubenlandwerker der Saargruben in großer Anzahl dem Christl. Metallarbeiterverband an. Im Herbst 1911 hatten die Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes, und zwar der heilige Bezirksleiter Kollege Bid

sowie die Kollegen Meier (Lousental) und Scherrer (Dudweiler) die erste Aussprache mit dem Vorsitzenden der Bergverwaltung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Grubenmetallarbeiter. Diese Aussprache war ein Ereignis und bildete das Tagesgespräch in sämtlichen Werkstätten und Maschinenhäusern der Saargruben. Die in diesem Jahre folgende Entwicklung wurde jäh unterbrochen durch den Ausbruch des Krieges 1914. Der im Saargebiet dann dauernd bestehende Ausnahmezustand behinderte die Agitation außerordentlich. Die Schaffung des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes gab endlich der Arbeiterschaft größere „Freiheit“. Nun ging es vorwärts. Aber trotz und allem beharrten die Unternehmern auf dem Standpunkte, daß sie allein zu herrschen hätten. Nur mit Hilfe der Militärbehörden gelang es hin und wieder, Verbesserung auf dem Gebiete der Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Noch im Jahre 1917 erklärte anlässlich eines Streikes auf der Dillinger-Hütte der dortige Direktor, als mit dem Eingreifen des Regierungspräsidenten von Trier gedroht wurde: „Wir lassen uns von einem Präsidenten keine Vorschriften machen, selbst wenn der Herrgott vom Himmel käme, würden wir nicht nachgeben.“ Auch dieser Kampf wurde allein vom Christl. Metallarbeiterverband geführt. Erst die Beendigung des Krieges machte diesem Zustande ein Ende. Viel Besseres aber kam nicht nach. An die Stelle der deutschen Militärbehörden traten die französischen. Deren Auftreten war nun alles andere als arbeiterfreundlich. Verschiedene Streiks auf den Saargruben und Hütten im Jahre 1919 wurden brutal unterdrückt. Ein reges, gewerkschaftliches Leben war nicht möglich. Der Zustand behob sich, als im Jahre 1920 die vom Völkerverbund eingeleitete Regierungskommission ihr Amt antrat. Die nach Beilegung des militärischen Druckes nun einsetzende, im Saargebiet als verhältnismäßig groß anzusehende „Freiheit“ benutzten nun die radikalen, damals sich politisch noch zur U.S.P.D. bekennenden Kreise im deutschen Metallarbeiterverband um eine heilselose Hege gegen den Christlichen Metallarbeiterverband zu betreiben. Nebenbei wurde die Hütten- und Metallarbeiterchaft von einem Puff in den anderen gejagt und so vollständig zermürbt. Dazu ließ ein Teil der damaligen radikalen „Führer“ des Deutschen Metallarbeiterverbandes sich von französischen Propagandisten vollständig ins Schlepptau nehmen, jedoch die Katastrophe im Deutschen Metallarbeiterverbande eine vollständige wurde. Der Leidtragende war die verhegte und belogene Arbeiterschaft.

Während die Bergarbeiterverbände sich von den genannten U. S. P. D. und nachher kommunistischen „Reinigenbauern“ frei hielten, und so ihre gewerkschaftliche Position im Interesse der Arbeiterschaft festhalten konnten, erlitt die Hütten- und Metallarbeiterchaft schwere Rückschläge. Allerdings der Christl. Metallarbeiterverband konnte nicht vernichtet werden. Im Gegenteil! Je niedriger die Bekämpfung von den radikalen, früher gelben Kreisen erfolgte, desto fester schlossen sich die Reihen der Mitglieder. Wenn die Hütten- und Metallarbeiterchaft des Saargebietes noch einermachen ihre wirtschaftliche und soziale Stellung behaupten konnte, so verdankte sie dies nur der planvollen Gewerkschaftsarbeit des Christlichen Metallarbeiterverbandes.

Aber auch in nationaler Beziehung standen Führer und Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes ihren Mitgenossen gegenüber. Die Saarparaktiken abgelehnt und kein Zweifel darüber gelassen, daß der Christliche Metallarbeiterverband an der Saar sich als deutsche Organisation fühlt und auch eine solche bleibt. „Upp ewig ungebent!“

Der Bohn, aus der die Kraft geschöpft wurde, um all diese Stürme zu ertragen und den Christlichen Metallarbeiterverband an der Saar auszubauen zu einem Wall, an dem sich alle Angriffe brechen, sind nicht allein die unüberwindlichen Grundwahrheiten der Christlichen Weltanschauung sondern auch der Geist des Kampfes der Arbeiterschaft, unseres „alten“ Franz Wieber. Beispiele sind mehr als schöne Worte, und der „Ate“ ist ein lebendes Beispiel treuester Pflichten Erfüllung an Arbeiterschaft, Volksganzem und Vaterland. Dieser Geist muß auch im Saargebiet in unjeren Reihen bleiben. Darum heißt es: „Unser die Zukunft!“